

Eine kurze Geschichte der AfA

Von Erwin Lux

„Die Kompliziertheit und Unüberschaubarkeit, die Produktionsprozess und Technik heute kennzeichnen, verstellen leicht den Blick auf eine grundlegende Tatsache: dass nämlich die Hauptproduktivkraft stets der Mensch ist und nur er allen Produktionsmitteln (vom einfachen Werkzeug bis zum mikroprozessorgesteuerten Automatenystem, vom Fußtrittbrett bis zum Kernkraftwerk) Stellenwert, Existenzmöglichkeit und -berechtigung verleiht.“

(Walter Sauer)¹

Im Zuge der 68'er Bewegung hatte sich in der deutschen Sozialdemokratie Anfang der 1970er Jahre eine zunehmende Akademisierung und Intellektualisierung der Mitgliederschaft ausgebreitet. Viele Ortsvereinsitzungen wurden von Themensetzungen einer anwachsenden Klientel aus Pädagogen, Sozialarbeitern und weiteren AkademikerInnen geprägt, während sich das noch in den sechziger Jahren dominierende Arbeitermilieu thematisch und interessenspolitisch zunehmend in den Hintergrund gedrängt fühlte. Der visionäre Aufbruch, der die Wahl Willy Brandts als ersten sozialdemokratischen Bundeskanzler nach 20 Jahren CDU/CSU- Herrschaft ermöglicht hatte, wich schon bald einem durch die Koalition mit den Liberalen vermeintlich geschuldeten Pragmatismus. Dieser Trend verstärkte sich durch die Wahl Helmut Schmidts. Die Linke innerhalb der SPD und massgeblich die Jusos gingen immer öfter auf Konfrontationskurs zur eigenen Partei, unterstützt durch einen Teil der meinungsrelevanten Presse, deren jüngere Redakteure und Journalisten in der Zeit der Studentenproteste politisch sozialisiert worden waren.

Ein erster Schritt, um der klassischen Arbeiterklientel innerhalb der SPD wieder ein Auffangbecken zu bieten, ging von dem DGB- Vorsitzenden von Rheinland- Pfalz, Julius Lehbach, aus. Dieser gründete 1967 eine Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Gewerkschaftler. Zu diesem Zeitpunkt war die Parteispitze noch nicht bereit, eine selbstständige Arbeitnehmerorganisation innerhalb der SPD zuzulassen. Der Aktivitätsradius der sozialdemokratischen Betriebsgruppen, die noch in den fünfziger Jahren massgeblich den Einfluss der Kommunisten in den Betrieben begrenzt hatten, war durch die zunehmende Bedeutungslosigkeit letzterer gleichermassen minimiert. In den sechziger Jahren gab es nennenswerte sozialdemokratische Betriebsgruppenarbeit nur noch in einigen wenigen Grossbetrieben, davon mehrheitlich im Ruhrgebiet und einigen grossen, von Maschinenbau und Werften geprägten Städten wie Hamburg und Bremen. Durch die Notstandsgesetzgebung, die von den Gewerkschaften mehrheitlich abgelehnt wurde, und erste Anzeichen einer sich anbahnenden Strukturkrise in den 'klassischen' Industriebereichen Kohle und Stahl, wuchs der Druck innerhalb der Partei, eine eigenständige Arbeitnehmerorganisation zuzulassen, jedoch kontinuierlich an. Zwar gelang es der Grossen Koalition und namentlich den

Wirtschafts- bzw. Finanzministern Schiller und Strauss, mittels der sog. 'konzertierten Aktion', das heisst dem Versuch eines aufeinander abgestimmten Verhaltens von Unternehmern, Gewerkschaften und Gebietskörperschaften, die anvisierten Ziele Preisstabilität, hohe Beschäftigungsrate und Wirtschaftswachstum, annähernd zu realisieren; der organisierten Arbeitnehmerschaft geriet dieses Konstrukt allerdings zu wirtschaftsfreundlich (1977 war das Projekt durch den Ausstieg der Gewerkschaften praktisch erledigt).

Auf dem SPD- Bundesparteitag in Nürnberg 1968 fielen folgende Entscheidungen in diesem Zusammenhang: (zitiert nach Wilhelm Rühl)²

- Die Bildung eines Gewerkschaftsrates beim Parteivorstand.
- Beschluss des Parteitags über ein 'Mitbestimmungsgesetz auf der Basis einer vollen Parität, das dann später die Bundestagsfraktion dem Bundestag vorlegte'.
- Anträge an den Parteivorstand zur Konstituierung von 'Bundesarbeitnehmerkonferenzen der SPD...der weitgehendste Antrag kam vom SPD- Bezirk Hessen- Süd. Er forderte Arbeitnehmer-Arbeitsgemeinschaften auf Bezirks- und Bundesebene.'

Im September 1970 kam es in Schweinfurt zur ersten Arbeitnehmerkonferenz auf Bundesebene, der zahlreiche Fachkonferenzen folgten. Nachdem „dann aber kurz vor den Bundestagswahlen 1972 Karl Schiller, (der übrigens auf dem Nürnberger Parteitag 1968 demonstrativ als einziger gegen den Mitbestimmungsantrag gestimmt hatte) die Partei verliess, beschloss der Parteivorstand am 21.2. 1972, die SPD- Betriebsgruppen in den 'Rang einer AG mit allen damit verbundenen Rechten und Pflichten innerhalb der Partei zu erheben““. (W.Rühl)

Als Geburtsstunde der AfA gestaltete sich schliesslich, unter massgeblicher Initiative von Herbert Wehner, der Gründungskongress in Duisburg vom 19. bis 21. Oktober 1973. Von Wehner, dem gleichermassen gefürchteten und verehrten 'Zuchtmeister' der Fraktion und 'Onkel' der Partei, stammt der programmatische Satz:

'Die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen sei lebenswichtiges Organ der SPD und gleichzeitig Auge, Ohr und Herzkammer der Partei.'

Zum ersten Bundesvorsitzenden der AfA wurde Helmut Rohde gewählt, der u.a. unter Schmidt von 1974 bis '78 als Bundesminister für Bildung und Wissenschaft fungiert hatte. Rohde wurde 1984 von Rudolf Dressler abgelöst. Seit 2000 ist Ottmar Schreiner Vorsitzender der AfA, auf dem letzten Bundeskongress im April 2008 in Kassel wurde er erneut mit grosser Mehrheit (97,1 %) für zwei Jahre im Amt bestätigt.

Eine Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD, ist das nicht ein Widerspruch in sich? Ist die deutsche Sozialdemokratie nicht in erster Linie aus klassenkämpferischer Tradition vor über 140 Jahren entstanden, um Arbeitnehmerinteressen gegen frühkapitalistische Exzesse, gegen das Zweiklassenwahlrecht, gegen die Unterdrückung der Frauen, gegen die Ausbeutung des Proletariats durch Grossbürgertum und der Industriebourgeoisie des 19. Jahrhunderts in einer demokratischen Bewegung bündeln zu können? Unbestritten waren schon an der Schwelle zum 20. Jahrhundert, u.a. durch die Bismarcksche Sozialgesetzgebung und den Einfluss der Gewerkschaften die grössten Missstände des ausufernden Manchesterkapitalismus aus der Frühepoche der Industrialisierung beseitigt worden. Gerade Bismarck sorgte andererseits durch das Sozialistengesetz dafür, dass sich Teile der Arbeiterschaft zunehmend radikalisierten und marxistisch orientierten Bewegungen anschlossen. Zwar wurde dieses Gesetz nach zwölf Jahren 1890 wieder abgeschafft und Reformen wie die Einführung des Acht- Stunden- Tages sorgten für eine gewisse Stabilisierung des Verhältnisses zwischen Arbeitern und Arbeitgebern (als erste **Arbeitgeber**vereinigung in Deutschland wurde übrigens 1869 der 'Buchdruckerverein' gegründet, mit dem Ziel, sich gegen aufrührerische Handwerker und Gesellen wappnen zu wollen), wachsende Repressalien und Massnahmen wie willkürliche Entlassungen, Lohnkürzungen etc. sorgten allerdings im Kaiserreich und der folgenden Weimarer Republik (hier insbesondere im Zuge der sich anbahnenden Wirtschaftskrise) für kontinuierliche soziale Spannungen. Als Beispiel sei hier in Bezug auf die Firma Bosch Walter Sauer zitiert:

“Begleitet war dieser Strukturwandel von einem völligen Bruch in den innerbetrieblichen Sozialbeziehungen. Die Firmenleitung beendete 1913 abrupt ihre bisherige Politik der Kooperation mit der Arbeiterschaft und ihrer anerkannten gewerkschaftlichen Vertretung. Unter anderem wurden alle bisher geschlossenen Vereinbarungen gekündigt. Proteste und Streiks der Belegschaft lieferten der Firmenleitung den willkommenen Anlass zu gezielten Entlassungen (Vertrauensleute, Gewerkschaftsfunktionäre, ältere verheiratete Arbeiter) und zur Aussperrung. Der Arbeitskampf endete schliesslich mit einer schweren Niederlage der Belegschaft.

Die völlige Entmündigung hinsichtlich der betrieblichen Mitbestimmung entsprach der Degradierung des Großteils der Arbeiterschaft, was ihre Qualifikation und damit ihren Stellenwert in der Produktion betraf. Nur die kleine Gruppe der hochqualifizierten Ingenieure und Manager war durch diese Entwicklung aufgewertet worden und fühlte sich der Firmenleitung und nicht der übrigen Belegschaft verpflichtet.”³

Entwicklungen wie diese trugen dazu bei, dass sich 1917 unter der Ägide zunehmender

Radikalisierung der Arbeiterschaft die USPD als marxistische Klassenkampforganisation von der Mutterpartei abspaltete. Nach internen ideologischen Auseinandersetzungen kam es jedoch schon 1920 zur Spaltung der neuen Partei, zwei Jahre später schloss man sich wieder der SPD an. Ob es sich bei diesen historischen Kurskorrekturen im Rückblick noch um verspätete Geburtswehen einer zu diesem Zeitpunkt schon über fünfzig Jahre alten Partei handelte, sei dahingestellt. Abspaltungen sowie ein immanenter Konkurrenzkampf zwischen dem rechten und dem linken Parteiflügel haben jedoch bis in die Gegenwart Aktualität. So spaltete sich 1960 die Deutsche Friedensunion ab, und als im Sozialistischen Studentenbund im gleichen Jahr „marxistische Tendenzen die Politik des Verbandes bestimmten, erklärte die Partei die Mitgliedschaft in SDS und SPD für unvereinbar.“⁴ Ende der siebziger Jahre sorgte die Ökologiebewegung dafür, dass sich viele Sozialdemokraten den entstehenden Grünen anschlossen, während der sozialpolitische Kurs Gerhard Schröders, angelehnt an das 'New Labour'-Modell Tony Blairs und symbolhaft besetzt durch die Agenda 2010, als Geburtshelfer der aus PDS und WASG fusionierten Partei 'Die Linke' angesehen werden kann. Gesine Schwan, die designierte Bundespräsidentenskandidatin der SPD, brachte diesen Dissenz bereits 1974 folgendermassen auf den Punkt:

„In dem Grundsatzstreit steht die deutsche Sozialdemokratie vor der alternativen Frage: Soll die SPD zu einer marxistisch orientierten, klassenkämpferischen, das System der sozialen Marktwirtschaft und der repräsentativen Demokratie zu transformieren und damit letztlich zu überwinden trachtenden 'Arbeiterpartei' werden (und sich somit teilweise auf ihre längst überholte Tradition zurückwenden) oder soll sie die demokratische und soziale, d.h. linke Volkspartei bleiben und weiterhin sein, der es um die gesellschaftliche Fundierung und Entwicklung der bestehenden freiheitlich- rechtsstaatlichen Demokratie und solchermaßen um Systemverbesserungen durch eine langfristige Reformpolitik geht?“⁵

Letzteres nach der Diskreditierung des Marxismus durch die sozialistischen Unrechtsregime zu bejahen, dürfte heute weder Ottmar Schreiner und Andrea Nahles vom linken Spektrum noch den 'Stones' (Frank Walter Steinmeier und Peer Steinbrück) als Repräsentanten der Schröderschen Reformpolitik schwerfallen. Beide Tendenzen, also die Tradition des Klassenkampfes in einem nichtideologischen Sinne (der durch die Auswüchse des selbst von Horst Köhler kritisierten 'Kasinokapitalismus' aktueller Prägung heute eher von 'oben' bzw. durch die von wirtschaftsliberalen Strukturen geschaffene Faktizität initiiert ist), sowie die ursozialdemokratische Tradition der sozialen Gerechtigkeit mit den Zwängen einer sich im globalen Konkurrenzkampf befindenden Industrie- und Dienstleistungsnation in der – immer noch Volkspartei SPD- zu bündeln, ist der Gordische Knoten, den selbst eine Integrationsfigur wie Willy Brandt heute nur mit

erheblichen Schwierigkeiten zu lösen imstande wäre. Brandts' Leitmaxime seiner Reformbestrebungen hat der damalige Kanzler 1972 in einem Interview mit der DGB-Zeitung 'Welt der Arbeit' selbst so auf den Punkt gebracht, dass „*die Rechte von vielen ökonomisch oder sozial Schwächeren gestärkt und die Rechte von vielen ökonomisch und sozial Starken in die soziale Pflicht genommen, d.h. in Schranken verwiesen (werden)*“.⁶ Diese Bestrebungen äusserten sich u.a. in der Schaffung eines neuen Betriebsverfassungsgesetzes, das „*die Rechte der Betriebsräte sowie der Gewerkschafter in den Betrieben*“ erheblich verstärkte, in der Liberalisierung des Familienrechts, der Festschreibung des Mieterschutzes sowie der Verdoppelung des Bundesetats für den Bereich Bildung in den Jahren 1970 bis 1972.

War diese Reformrevolution sicher auch als Gegenbewegung den langen Jahren einer konservativen CDU- Regide geschuldet, die in der ersten Grossen Koalition langsam eruierte, so sind strukturelle Merkmale in der damaligen Mitgliederstruktur von Bundestag bzw. den Landtagen ein nicht zu unterschätzender Faktor, d.h. die Sozialisation der meisten Abgeordneten gestaltete sich, pauschal betrachtet, anders als in der Gegenwart. Das Bild des 'Berufspolitikers', der frisch von der Universität eine Karriere im politischen Räderwerk zum Broterwerb beginnt, war noch eher rudimentär. Wer heute in Ökonomieseminaren mit 'Lean Management' -Modellen und der Philosophie des 'Shareholder- Value' konfrontiert zum Volks- /Betriebswirt oder Wirtschaftsjuristen ausgebildet wird, hat zwangsläufig ein anderes 'Welt'- und Gesellschaftsbild als Volksvertreter, die ihr bisheriges Berufsleben an der Werkbank, als PflegerIn oder als Arbeiter und Angestellte in einem Dienstleistungsunternehmen verbracht haben. Dieses mag mit ein Grund dafür sein, dass Politiker, die sich eindeutig für Arbeitnehmerinteressen engagieren, gegenwärtig von interessierter Seite inflationär gerne mit Etiketten wie 'sozialpolitische Traditionalisten', 'Utopisten' etc. bedacht werden.⁷ Oliver Nachtwey schreibt dazu in den 'Blättern für deutsche und internationale Politik' in Bezug auf die SPD:

*„Der Vorsitzende Kurt Beck bildet als ausgebildeter Elektromechaniker noch eine Ausnahme (...) Mehr als 80 Prozent der Fraktionsmitglieder sind Akademiker: Juristen, Lehrer, Politologen, Volkswirte, Ingenieure sind die grossen Cluster in der Berufsstruktur- nur die Arbeiter und kleinen Angestellten muss man mit der Lupe suchen: ein paar wenige Kaufleute, Techniker, Programmierer und Erzieherinnen. Aber diese sitzen oft auch schon mehr als ein halbes Leben im Parlament. Die Arbeiter aus manuellen Berufen kann man an einer Hand abzählen: ein Koch, ein KFZ-Mechaniker, ein Lokomotivführer, zwei Maurer“.*⁸

Diese Entwicklung mag man bedauern, ob sie korrigierbar ist, scheint ungewiss. Nichtsdestotrotz erscheint die AfA als Kulminationspunkt für ArbeitnehmerInnen- Interessen sowie als Korrektiv

zum rechten Parteiflügel innerparteilich sowie in der Aussenwirkung der SPD als Volkspartei unverzichtbar. Zudem ist ihre Funktion als Bindeglied zwischen Gewerkschaftlern (und insbesondere sozialdemokratischen Betriebsräten und Vertrauensleuten) und der Partei gerade auf lokaler Ebene als Puffer gegen den populistischen Magnetismus der Linkspartei wichtiger denn je. Gerade in durch die wirtschaftliche Globalisierung immer diffiziler werdenden Verteilungskämpfen mehr zu sein als ein sozialpolitisches Feigenblatt einer sich wandelnden Volkspartei (als das sich die CDA in der CDU geriert), bleibt Aufgabe und Ziel der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD.

- 1 Sauer, Wolfgang (Hrsg.). Der dressierte Arbeiter. München 1984. S.70.
- 2 Vgl: <http://www.meinepolitik.de/gesafa.htm>
- 3 Sauer, Wolfgang. S. 91.
- 4 Brauns, Hans Jochen; Jaeggi, Urs u.a. (Hrsg.). SPD in der Krise. Die deutsche Sozialdemokratie seit 1945. Frankfurt 1976. S. 191.
- 5 Schwan, Alexander und Gesine. Sozialdemokratie und Marxismus. Hamburg 1974. S. 10.
- 6 Vgl. Rovon, Joseph. Geschichte der deutschen Sozialdemokratie. Frankfurt am Main 1980. S. 321.
- 7 Vgl. Pothhoff, Heinrich. Miller, Susanne. Kleine Geschichte der SPD. Bonn 2002. S.360.
- 8 Nachtwey, Oliver. In der Mitte gähnt der Abgrund. In: Blätter für deutsche und internationale Politik. Ausgabe 8/2008. S.62.